

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verantwortl. Red. Dr. Arnold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen monatlich 2.10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2.40 M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Anzeige werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 32. Dresden, Donnerstag den 7. Februar 1918. 29. Jahrg.

Vor wichtigen Entscheidungen in Brest.

Fortbestand des Mehrheitsblocks.

Die interfraktionellen Beratungen.

Die Ereignisse der vorigen Woche schienen auch den Mehrheitsblock des Reichstages sehr zu gefährden. Die fortschrittlichen erschienen in scharfer Erklärung, während die Zentrumspresse sich mehr abwartend verhielt. Wie wir bereits meldeten, wurden die interfraktionellen Beratungen zwischen den Vertretern der Mehrheitsparteien am Dienstag wieder aufgenommen. Außer den Fragen der auswärtigen Politik wurden auch die Vorgänge der vorigen Woche besprochen. Es wurde mehrfach betont, daß durch eine frühere Wiederaufnahme dieser Verhandlungen manche Mißverständnisse hätten beseitigt werden können. Wie ein parlamentarische Korrespondenz erzählt, sollen namentlich die Unterredungen in den Aufstellungen, die zuerst geteilt erschienen, den Blick zu klären, durch gegenseitige Erklärungen und Ausklärungen auf der Welt gehalten worden sein, so daß die Arbeitsgemeinschaft der Parteien, auf die sich die Regierung bisher stützte, auch weiterhin bestehen wird. Die Nationalliberalen haben sich bisher nicht wieder an den interfraktionellen Besprechungen beteiligt. Die Meinungen über die Wiederbeteiligung sollen in den Kreisen der Nationalliberalen auseinandergehen. Die amnestionsistische Tageschau schreibt: „Nach unserer Kenntnis hat sich die nationalliberale Fraktion bereits seit einiger Zeit insofern der Verhandlungen der Sozialdemokratie von den interfraktionellen Verhandlungen ferngehalten. Die Führung der Fraktion dürfte auch weiter entschlossen sein, an diesem Standpunkte festzuhalten, zumal die Sozialdemokratie durch die Stellungnahme zum Streik die Gründe der Nichtteilnahme an den Verhandlungen nur noch verstärkt hat.“ Vermutlich würde mindestens ein Teil der Mehrheitsparteien das Fernbleiben der Nationalliberalen sehr leicht verzeihen.

Wieder in Brest-Litowsk.

Friedensschluß mit der Ukraine.

Am Mittwoch sind die deutschen und österreichischen Unterhändler nach den Berliner Besprechungen wieder nach Brest zurückgekehrt. Es bestätigt sich die Meinung, daß die Mittelmächte die Absicht haben, nunmehr ohne weitere Rücksicht auf die Politik Trojki den Frieden mit der Ukraine zum Abschluß zu bringen. Die Nordd. Wg. Stg. schreibt redaktionell: „Mit Spannung, aber ruhiger Erwartung sieht das deutsche Volk auf den Wiederbeginn der Verhandlungen. Unsere Diplomaten haben sich jetzt Herrn Trojki äußerste Geduld und weitestens Entgegenkommen bewiesen, um den Russen Gelegenheit zu geben, durch einen Frieden der Verständigung und der Verständigung im Wege des Kompromisses zu einer für beide Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Die bisherigen Verhandlungen und der begleitende Chor der russischen Forderungen zeigen nicht, daß die Russen dieses Entgegenkommen und diese Geduld zu würdigen verstanden hätten. Ein Stützpunkt der Entschlossenheit ist es, wenn Trojki jetzt nach Petersburg telegraphiert hat, daß die Deutschen die Verhandlungen verstoßen.“

Mit der Ukraine scheitern die Verhandlungen in gutem Tempo weiter fort. Gelingt es, einen Abschluß mit der Ukraine zu bringen, so kann die Entwicklung der Friedensverhandlungen mit Herrn Trojki und gleichzeitig sein. Versichert sich Herr Trojki durch mangelnden Friedenswillen seinerseits die letzte Möglichkeit, die ihm für einen Frieden und damit für eine Beilegung des unter dem Kriege zusammenbrechenden Auslands gegeben ist, so werden nicht die Mittelmächte, sondern Trojki eigene Partei und das aus tausend Wunden blutende russische Volk die Rechnung zu bezahlen haben.

Wenn es möglich ist, zunächst mit den Ukrainern zum Frieden zu gelangen, so ist dies sicherlich zu begrüßen. Wir haben aber schon früher auf die sehr großen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich dabei ergeben können. Der Bestand der Ukraine als eines selbständigen Staates, der nach keinem Willen über den Friedensschluß befinden kann, ist durch die Anordnungen der Petersburger Regierung und durch die von Petersburg unternommenen militärischen Maßnahmen bestritten und noch immer sehr in Frage gestellt. Es entsteht daher das schwierigste Problem, ob die Mittelmächte gewillt sind in der Lage sind, irgendwelche Garantien für den Bestand der selbständigen Ukraine zu übernehmen. Auch die wirtschaftlichen Vorteile, die man sich von dem Frieden mit der Ukraine verspricht, sind natürlich völlig davon abhängig, ob der Bestand der Ukraine gesichert werden kann.

Die deutsche Regierung scheint damit zu rechnen, daß es mit dem Abschluß des Friedens mit der Ukraine zugleich zum Abbruch der Verhandlungen mit Trojki kommen wird. Es mag aber sein, daß die Petersburger Regierung sich zu einem größeren Entgegenkommen an die Vorschläge der Mittelmächte bereit findet, wenn sie erkennen muß, daß es ihr unmöglich ist, ihre Herrschaft über die Ukraine durchzusetzen. Im letzteren Grunde hängt also alles davon ab, ob die demokratisch-sozialistische Rada oder die Polischtschik in der Ukraine die Macht in der Hand behalten. Trojki wird,

wie die Prawda meldet, vorübergehend wieder in Petersburg erwartet, um an wichtigen Beratungen der Semitwo-Verbände teilzunehmen.

In den Berliner Besprechungen hat es sich in zweiter Linie um Rumänien gehandelt. Es kommt die Verlängerung des am 13. Dezember mit der rumänischen Armee unter General Licherbaischem abgeschlossenen Waffenstillstands in Betracht. Fast scheint es, als ob die rumänische Politik unter dem Zwange der späteren Ereignisse eine ganz neue Wendung eingenommen vermag. Rumänische Truppen haben den Pruth überschritten und sind in Besarabien eingefallen, wo sie mehrere bedeutende Erfolge gegen bolschewistische Truppenabteilungen davongetragen haben. Die Bewohner Besarabiens sind zur Hälfte rumänischer Abstammung und die Wiedergewinnung dieses Landes, das im Frieden von San Stefano im Jahre 1878 den Rumänien durch Rußland treulos vorenthalten wurde, ist ein alter Wunsch vieler rumänischer Kreise. Nachdem nun die Politik Bruttans ehend zusammengebrochen und die Hoffnung auf Eroberungen auf Kosten Ostereich-Ungarns erledigt ist, könnte Rumänien sich aus dem russischen Zusammenbruch schadlos zu halten die Absicht haben. Sind solche Absichten durchführbar, so würde sich daraus ein sehr wichtiges Moment der Neugegestaltung in Südost-Europa ergeben.

Deutsch-österreichisches Einvernehmen.

Wtd. Berlin, 6. Februar. Aufblick des Aufsehens des L. u. I. Ministers des Reichs, Grafen Czernin, in Berlin kamen in wiederholten Gesprächen mit den leitenden deutschen Stellen ablaufenden politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten — insbesondere die Ernährungsfrage — zur Diskussion, wobei in jeder Hinsicht vollstes Einvernehmen festgesetzt werden konnte.

Unterbrechung des Drahtes Petersburg-Dresd.

Petersburg, 6. Februar. (Petersb. Telegr.-Agentur.) Seit vier Tagen sind die direkten telegraphischen Verbindungen mit Brest-Litowsk unterbrochen und bisher ist keine amtliche Meldung über die Friedensverhandlungen veröffentlicht worden.

Das Sinken der öffentlichen Moral.

Eine Reihe neuer innerpolitischer Geschehnisse wird in den Blättern angekündigt, doch kann man sich bisher von ihrem Inhalt keine genaue Vorstellung machen. Dem Reichstage sollen bei seinem Wiederzusammentritt am 19. Februar Gesetzentwürfe zugehen über neue Straftaten, welche die Verletzung der Kriegsverordnungen sicherstellen; über schärfere Bestrafung des Schleichhandels, dessen gewerbsmäßiges Betreiben stets mit Gefängnis und im Rückfall mit Zuchthaus bestraft werden soll; über die Befähigung der wehrschulpflichtigen und anderer Volksangehöriger; über die Vermehrung der Zahl der Reichstagsmandate durch Verbesserung der Vertretung für die überbevölkerten Bezirke; das Arbeitsamtergesetz und noch anderer anderer Entwurf. Der Reichstag wird also genug zu tun haben, und hoffentlich laufen die bürokratischen Prozesse diesmal nicht akkurat wieder auseinander, sondern erledigen ordnungsgemäß und vollständig, was der deutschen Volksgemeinschaft obliegt.

Zwischen hat im Hauptausdruck des preussischen Abgeordnetenhauses schon eine Ansprache über Kriegswunder und Schleichhandel stattgefunden, und der Justizminister Dr. Zschoke hat mitgeteilt, daß allein in Preußen wegen Verletzung von Kriegsverordnungen nahezu eine halbe Million Verurteilungen erfolgt sind; über eine viertel Million Menschen ist allein wegen Schleichhandels oder Kriegswunders ins Gefängnis gewandert. Die Kriminalität der Jugendlichen ist außerordentlich gestiegen. Abgeordnete aller Parteien klagten über die allgemeine Demoralisation, über die bedenkliche Verbreitung aller Verbrechen, über die gewohnheitsmäßige Mißachtung aller Vorschriften und alle möglichen anderen sittlichen Notstände.

In der Tat ist es ganz zweifellos, daß die Demoralisation in Ernährungsfragen allgemein und nahezu ausnahmslos geworden ist, nur die größere oder geringere Gelegenheit schafft noch Untertriebe, und es ist ein Wunder, daß nicht noch schlimmere Folgen dieses allgemeinen passiven Widerstandes gegen die Lebensmittelerleichterung hervorgerufen sind. Wie es dazu gekommen ist, ist klar. Der Landwirt war von jeher gewohnt, nur zu verkaufen, was er im eigenen Betrieb nicht brauchen konnte und im Ueberflusse hatte. Jetzt sollte er auf einmal alles hergeben und sich selbst auf möglich genussreiche Nationen beibringen. Tagelang hat er sich von vorübergehendem Geldraub, und sein Absterbensseifer ist mit der wachsenden Dauer des Krieges nicht größer geworden. Auf der anderen Seite hat der Verbraucher sich anfänglich mit den vorgeschriebenen Einschränkungen einigermassen ehrlich abgefunden verhalten. Als die Rationen aber immer geringer wurden, als besonders im vorigen Winter jeder verhungern mußte, der sich nicht irgendwie noch Lebensnahrung verschaffte, da brachen alle guten Vorsätze, und nun steht jeder zu nehmen, was er nur irgend bekommen kann. Schärfste Erfassung der

Vorräte am Erzeugungsort und schärfste Unterdrückung des Schleichhandels sind unbedingt notwendig geworden, um das Rationierungssystem wenigstens insoweit zu retten, daß es Deutschland wie bisher vor dem Zusammenbruch schützt. Aber den allgemein moralischen Schaden, den die rationierte Entbehrung und ihre allgemeine Durchbrechung im Volkscharakter angerichtet haben, werden wir noch lange nachschleppen.

Die Demoralisation hat übrigens nicht auf dem Gebiete Ernährung begonnen. Die ersten, die aus der Begeisterungswoge für des Landes Verteidigung austauchten, welche im August 1914 über Deutschland hinweggeschäumt war, waren die Kriegeslieferanten aller Art. Sie schoben und kettenhandelten schon in den ersten Kriegswochen ganz ungeschwerlich und arbeiteten kaltblütig nur auf ihren Profit hin. Im Sandumrühren wurden Saboteure zu Millionen und tragen durch ihr schlechtes Beispiel, an ersten Reim der Forderung in den „Burgfrieden“ und die „nationale Einigkeit“. Bald begann die ganze Kriegswirtschaft und ein großer Teil der Landwirtschaft Kleingewinn zu machen und heizte sie strupplos auf geraden und krummen Wegen von Jahr zu Jahr. Dazu kam dann die Demoralisation im Ernährungsweisen, herabgerufen durch Anbaustrif, Zurückhaltung der Ernter Schleichhandel, Hamsterel und ungenügende Rationen. Die herrschenden und bestehenden Klassen sind es gewesen, die in der Kriegszeit den breiten Volksmassen das Schauspiel schamlosen Eigennutzes geboten haben. Gewiß bleiben die Leistungen von Landwirtschaft und Industrie gewaltig und ewig bewundernswert, aber die Triebfeder jedes einzelnen war sehr rasch nicht mehr die nationale Begeisterung, sondern kraße Profitgier.

Diese Demoralisation griff schließlich auch auf die Politik über. Der Traum von einem einigen Volke, das in einer veränderten Welt, um mit dem jüngsten Kaiserprogramm an das preussische Herrenhaus zu reden, ein neues Deutschland des Rechts und der Menschlichkeit aufzubauen würde, zerrann, der Klassenkampf erwachte wieder, und jede Gesellschaftsschicht war auf die Sicherung vor allem der eigenen Macht bedacht. Auch hier tragen die Leute die Haupt Schuld, welche zuerst in den Geheimdenkschriften die wilden Annerzionsforderungen aufstellten, und die Parole ausgaben: „Wir haben den Krieg verloren, wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht kommt.“

Wie im Ernährungsweisen hat auch im Gebiet der inneren Politik die Regierung die Pflicht, das Sonderinteresse im Kampf gegen das Allgemeininteresse wenigstens so weit zurückdrängen, daß nicht Deutschland darüber zugrunde geht. Wie aber im Ernährungsweisen Strafen nur das schwächste Hilfsmittel sind und alles auf eine bessere Erlösung der Vorräte ankam, so sind in der Politik bloße Unterdrückungsmaßnahmen oder gar Rationierung gegen unterlegene Gegner verfehlte Methoden. Nur eine fruchtbar und aufrichtige Reformarbeit, welche das innere Leben von alten verfaulenden Streitfragen endlich befreit, kann uns hier vor Katastrophenjahre retten.

Danach werden Regierung und Reichstag sich richten müssen, wenn sie in der überdrückten Lage wieder an ihre Begehungsbewert schreiben.

Schlechte Behandlung deutscher Gefangener

Berlin, 6. Februar. Aus Mitteilungen der im November 1917 zur Internierung in der Schweiz von England nach Frankreich verbrachten deutschen Kriegsgefangenen wird ersichtlich, in welcher schamlosen Weise sich die Engländer auch nach bei diesem Friedenswerk gegen das Völkerrecht verhalten. Der Transport der schwer kranken Gefangenen, die sich teilweise mit am Rücken einwärts konnten, erfolgte auf einem Viehdampfer, aber nicht etwa in den Ställen, sondern in einem von Schmutz durchdrungenen Raume nach unten von Ställen im kühlen Erdreich des Schiffes. Dort mußten die Krüppel in verpackter Luft die Nacht wie Vieh zusammengepackt, auf Säcken zubringen, die nach einmal Rechen hatten. Am Morgen erhielten sie Kaffee und mußten dann den ganzen Tag über hungern. Zucker, Mehl und Gabeln zu verbrochen, davon dasjenige die auf alle angere Kultur so sehr bedachten Engländer nicht. Ten See mußten sich die kranken Gefangenen mit leeren Konservenbüchsen aus Pflanzentrippen schöpfen. Ten Fleisch, tief unter der Oberfläche, durften auch die nicht verfaulen, die von der Zerknirschtheit befallen waren. Die Reife dauerte über 24 Stunden. Nach 24 Stunden legten die Engländer die armen unglücklichen Gefangenen dem Transport unter so unwürdigen Verhältnissen aus. Tag bei einem Schiffbruch unter solchen Umständen nicht einer der Armlen mit dem Leben davonkommen wäre, das macht dem unglücklichen Feinde keinerlei Sorge. Weil verbotene Maßnahmen eine Substanz und Kiebertand befinden, die wir unsere Kriegern gegenüber nicht dulden, hat die deutsche Regierung bei der englischen Regierung sofort energisch Einspruch erhoben.

Seite 8
Gemeinden...
in Weimar...
nien 5 u. 7
ater
2 Variat.
monatlich
Berlin
Wien
d. R. 8.
Rocher
Inf. Reg. 4.
W. 4.
en 4.
er W. 4.
ein. Verh.
h. 3.
Sch. 84.90.
Vorhand.
Orts
Konto Nr. 788
in Berlin ein-
hat in
le 30
um 10.
berufen, der
leitung und
des Reichs
rechten. Di
ein ein-
50 be-
g. Ver-
einer
bestätigt
weiter
s Ger-
kam.
für die
Pom-
dieser
werden, also
dem Falle
regung
Mar
vratent-
log: R

Porzellan und Steingut!

Porzellan, weiß

Speiseteller, glatt, hoch	50 ¢
Speiseteller, gebogt, Rand, tief u. hoch	65 ¢
Gemüseschüssel, dek. u. rund, 3.50 bis	70 ¢
Fließplatte, 12 Größen	4.50 bis 85 ¢
Suppen-/Schüssel, oval, mit Deckel . .	4.90
Tafel-/Schüssel, versch. Rand, 3.50 bis	95 ¢
Kaffee-/Tassen, 8 Größen	3.85 bis 95 ¢
Milch-/Gläser, 8 Größen	1.10 bis 15 ¢
Zucker-/Böden	65, 45 ¢
Butter-/Böden	1.75
Tassen mit Untertassen	75, 50, 40 ¢

Kaffee- u. Speisegeräte „München“
„Nischen-Muster“

Speiseteller, tief und hoch	1.45
Abendbroteller . 19 cm 95 ¢, 15 cm	75 ¢
Gemüseschüssel, vieredig	5.25, 3.50
Fließplatten, 8 Größen . 12.50 bis	2.75
Suppen-/Schüssel, groß 18.75, mittel	13.90
Tafel-/Teller	5.90
Kaffee-/Tassen	5.75, 4.50, 3.85, 2.25
Tee-/Tassen	6.25, 4.50, 4.25
Milch-/Gläser	2.50, 1.95, 1.15, 70 ¢
Zucker-/Böden	3.25, 2.50
Butter-/Böden	4.50, 3.90
Rüchelteller	5.90

Porzellan, bunt

Kaffee-/Geschir, 8teil. 17.50, 14.00, 10.50	
Frühstück-/Geschir, 6teil. 7.25, 6.50, 5.50	
Rindergarnituren, 4teilig	5.00, 3.95
Obst-/Teller, 7teilig	6.50, 5.25
Obst-/Teller, 21 cm	55 ¢
Schüssel, Früchtemutter	1.85, 1.65
Rüchelteller, Kantenmutter	2.25, 1.95
Teller mit blauem Rand, 17 cm	60 ¢
Zucker-/Böden mit schönem Kantenmuster	35 ¢
Milch-/Gläser, Goldrand, ¼ 45 ¢, ½ 35 ¢	
Tassen u. Untertassen in verschiedenen	
Formen und Mustern	95, 75, 65 ¢

Steingutwaren

Speiseteller, 24 cm, hoch und tief . . .	40 ¢
Abendbroteller, 19 cm	35 ¢
Salat-/Schüssel, groß, bunt 2.55, weiß	1.75
Satz = 6 Salat-/Schüssel, weiß	3.50
Satz = 6 Salat-/Schüssel, bunt	4.50
Wasch-/Tücher, bunt	3.75, 2.50, 1.95
Wasch-/Tücher, weiß	3.65, 2.65, 2.25
Wasch-/Garnitur „Irma“, 6teilig	14.50
Wasch-/Garnitur „Rita“, 6teilig	9.50
Wasch-/Garnitur „Dresden“, 4teilig . .	7.50
Rüchelteller, moderne Muster, 22teilig	33

Sarrasani-Vorverkauf

Kochkisten „Universal“
besondere Gelegenheit
20⁰⁰ %

Residenz Kaufhaus

Kochkisten „Universal“
besondere Gelegenheit
20⁰⁰ %

Städtischer Möbrenverkauf.

Küper rufen und gelben Speisemöbren muß auch eine Mischung beider Sorten abgeben werden. Der Preis für diese beträgt für 5 Pfund 88 Pf., für den Zentner 16.50 Pf.

Dresden, am 5. Februar 1918.

Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land.

Postschappel.

Auf Mittwoch 21. der grünen Nahrungsmittelkarte kann in den Geschäften, in denen Kundenliste der Karteninhaber eingetragen ist, ein Viertel Pfund Kunstbrot zum Preise von 19 Pf. entnommen werden.

Postschappel, den 6. Februar 1918.

Der Gemeindevorstand.

Soz. Verein für 6. Kreis

Bezirk Postschappel, Birkgut, Dölitzchen.

Sonabend den 9. Februar, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Restaurant Wetzinger Hof in Postschappel. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gen. Sachl. Die Wohnungsfrage. 2. Bericht aus der Kreisvorstandsitzung. 3. Vereinsangelegenheiten. — Die Genossinnen und Genossen werden erbeten, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

SARRASANI

Allabendlich 7 Uhr, Sonnabend, Sonntag, Mittwoch auch 3 Uhr. Vorverkauf: Residenz Kaufhaus

TORPEDO - LOS!

Das Riesenschaustück

1. Bild: Die Wirtin explodiert.
2. Bild: Der Spion an der Arbeit.
3. Bild: Weltfahrt von Auto und Schnellzug.
4. Bild: Das Fest der Blaujacksen.
5. Bild: Im Innern des U-Boots.
6. Bild: U-Boot auf hoher See.
7. Bild: Baralong.
8. Bild: Zeppelin über London.
9. Bild: Heidentier.

Unter Mitwirkung des berühmten Turnseiläufers Uff. Camillo Mayer, des Obermatrosen Weber mit seinen Balancen am schwebenden Bambus und des Tenors Curt Wildhagen.

Sarrasani-Trocadero. Abends 7-11 1/2 Uhr. Stimmungs-Abende.

Gasthof Leuben.

Sonabend den 9. Februar, abends 7 1/2 Uhr im gemütlichen Saale des Gasthofs Leuben

Einmaliges Gastspiel vom Theater der Feldgrauen

(früher Mitglieder angesehenen Stadttheater) veranstaltet vom stellvert. Generalkommando XII Dresden. Ständertliche Leitung: Richard Vondy vom Central-Theater in Dresden. — Zur Aufhebung kommt das in Dresden 45 mal bei überaus bestem Dank gegebene herrliche Volksstück mit Gesang und Tanz

Im Krug zum grünen Kranze

Ein herrliches Volksstück mit Gesang und Tanz in vier Akten von L. Spemann-Podenstedt. Musik von Woldemar Hofenbühl.

Preise der Plätze: Sperrig 1.75 M., 1. Rang 1.25 M., 2. Rang 0.75 M. Im Vorverkauf: 1.50, 1.00 und 0.60 M. Der Vorverkauf befindet sich im Gasthof Leuben, in den Hauptgeschäften der Herren Hermann und Wührer in Dresden sowie bei Herrn Bräuer in Großschönau. Der Weiterverkauf des Stückes wird dem stellvert. Generalkommando XII für Kriegswahlzwecke überlassen.

Bezirk Trachenberge

Freitag den 8. Februar abends 8 1/2 Uhr

Sitzung.

Die Verwaltung.

Sommerhüte

zum Umziehen auf neuere Formen nimmt schon jetzt entgegen

H. Hensel Zinzendorfstr. 51

Sanitärer

Bedarf für Kranken- und Wundpflege.

Frau Heusinger Am See 37.

HAYDN - ABSCHIEDS - SINFONIE

HEITERER ABEND

DER KÖNIGLICH. KAPELLE

UNTER HOFKAPPELLMEISTER FRITZ REINER

ZUM BESTEN DES BEZIRKSVEREINS DRESDEN

IM LANDESVERBAND SÄCHSISCHE PRESSE

SONNABEND DEN. 16. FEBRUAR

IM GEWERBEHAUS

ANFANG 7 1/2 UHR

KARTEN: M. 6.40, 4.20, 3.15, 2.10 BEI F. RIES, SEESTRASZE 2; AD. BRAUER (F. PLÖTNER), HAUPTSTRASSE 2

WALZER - LUSTIGE WEISEN

Hotel Stadt Rom

wieder eröffnet!

Hochachtungsvoll [S119] Adam Maler

Musenhalle.

Vorstadt Lößau, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahn 7, 13, 22

Tägl. abds. 8.10. Heute: eues Programm!

Aus Liebe zur Kunst. Operette von G. v. Moser.

Der liebe Fratz. Originalschwank.

Und der neue, vorzügliche Solist! Weltklassig!

Jeden Sonntag 2 Vorstellungen.

Lächelnd Vorverkauf am Büfett.

Reisewerke!

Korea, das Land des Morgenrots.

Nach Meien gezeichnet von Angus Hamilton.

Mit 114 Abbildungen - Preis 4.50 Mark.

Volksbuchhandlung, Weitzplatz 10.

Prinzeß Theater

Lichtspiele

Pragerstr. 52

Ab Freitag den 8. Februar:

U-Boote heraus!

Mit U-Boot 178 gegen den Feind

Militäramtlicher Film in 4 Akten.

Diese Aufnahmen des Königlichen Bild- und Filmamtes sind die sensationellsten, die bisher dem Publikum gezeigt werden durften.

Le derriemen
(kein Ersatz) f. Nähmaschinen, in groß. u. kl. Größen, auch eng. gebe ab.

Ersatzteile
für Nähmaschinen, z. B. Nadeln, wie Radeln, Schützen etc.

Reparaturen
jeder Art u. Fabrikate von Nähmaschinen werden in eigener Werkstatt prompt und billig gemäß ausgeführt.

Gustav Löther
Nähmaschinen-Spezialist
52 Weitzplatz, 52.

Stern-Büchlein
für das Jahr 1918

von Robert Henning, Mit 260 Bildern. Preis 1 Mark.

Volksbuchhandlung
Weitzplatz 10.

Zeitungsfelle, 1.10
Kaninfelle, 1.10
Preis. Jergens u. Rotes etc.

M. Bahl, 1.10
Preis. Bahl, etc.

Reisewerke

Mexiko
das Land der blauen Augen

Nach eigener Aufzeichnung und Quellenstudien von Dr. Joseph Lauterer.

Preis 1.75 Mark.

Volksbuchhandlung
Weitzplatz 10.

Volksbündel
der Partei

Bachbund
Preis 1.50 Mark.

Reisewerke

Reisewerke

Reisewerke

Reisewerke

Reisewerke

Reisewerke

Reisewerke

Reisewerke

Reisewerke

Reisewerke

Sächsische Angelegenheiten.

Was wird mit dem Gesetz über die Kohlen-abbaurechte?

In der letzten Landtagssession ging der Kammer ein Gesetzentwurf zu, der eine Sicherung der Kohlenvorräte des Landes gegen spekulative Ausbeutung bezweckt. Zur Beratung der Vorlage wurden Zwischenkommissionen eingesetzt und dadurch der Gesetzentwurf in diese Landtagssession herübergeführt. Die Zweite Kammer hat ihn auch erledigt, freilich nicht ohne daß den Interessenten auf Kosten der gemeinsamen Absichten Kompromisse gemacht wurden. Doch ist man dabei noch immer in erträglichen Grenzen geblieben.

Selt Monaten steht die wichtige Vorlage in der Zwischenkommission der Ersten Kammer, wo sie den bedenklichen Einflüssen des Großgrundbesitzes ganz besonders ausgesetzt sein soll. Dem Vernehmen nach sind Versuche gemacht worden, das Gesetz bis zur Verlesung zu durchschieben. Auffällig ist auch die Geheimnisthämerei der Ersten Kammer bei dieser wichtigen Sache. Es ist nur nichts über die Verhandlungen der Zwischenkommission in die Öffentlichkeit gedrungen, auch die Zweite Kammer hat nichts vom Stande der Sache erfahren, selbst die sonst übliche Zusendung der Sitzungsprotokolle an die Berichterstatter der jeweiligen Kammer ist unterblieben. Diese Scheu vor dem Vichte der Öffentlichkeit läßt nichts Gutes erwarten. Inzwischen sollen allerdings endgültige Beschlüsse in der Zwischenkommission gefaßt worden sein, aber noch weiß niemand, wie sie aussehen. Leider deutet manches darauf hin, daß die Erste Kammer es verstanden hat, den Gesetzentwurf weillos zu machen. Dem Vernehmen nach, haben die Herren nicht nur die Förderabgabe zum Vorteile der Kohlenfelderbesitzer in bedenklicher Weise umgestaltet. Sie haben sich bestimmten Mitteilungen zufolge bei der Beratung überhaupt von der Absicht leiten lassen, daß eine Einschränkung der Verkaufsfreiheit der Kohlenfelder nicht zulässig sei; im anderen Falle sei damit zu rechnen, daß man in den nächsten Jahren die Ausnützung der Wälder in derselben Weise beschränken wolle, wie man es jetzt mit den Kohlenfeldern tut.

Unter solchen Umständen erscheint allerdings die Verlesung berechtigt, daß ein im Interesse des Allgemeinwohls unternommener gesetzgeberischer Versuch zu scheitern droht, weil die Zwischenkommission der Ersten Kammer die Wünsche und Sonderbestrebungen der Großgrundbesitzer über das Allgemeinwohl gesetzt hat. — Als diese Jellen bereits geschildert waren, lasen wir eine Mitteilung, daß die Deputation der Ersten Kammer das Kohlengesetz in abgeänderter Form mit 9 gegen 4 Stimmen in zweiter Lesung angenommen habe. In abgeänderter Form! In welcher Weise ist die Vorlage abgeändert worden? Das wird noch immer geheim gehalten.

Keine Beantwortung der Streik-Interpellation.

Dem Vernehmen nach hat die Regierung erklärt, die von den Unabhängigen eingebrachte Interpellation wegen der militärischen und behördlichen Maßnahmen anlässlich der letzten Streiks nicht zu beantworten. Offenbar hat sich die Regierung dabei von denselben unverständlichen Erwägungen leiten lassen, die sie bestimmt haben, die von den Streikenden abgeanderte Deputation abzuweisen.

Trifft die Mitteilung zu, dann dürfte es zu einer Verlesung über die Interpellation im Landtage überhaupt nicht kommen.

Die Vermögensabgabe und die sächsische Regierung.

Verschiedene Blätter hatten angekündigt, der Gedanke einer Vermögensabgabe habe bereits eine ziemlich feste Gestalt angenommen. Sie solle auf eine Reihe von Jahren verteilt und in einer durchschnittlichen Höhe von 10 Proa erhoben werden. Dazu wird in Dresden von zuständigen Stellen erklärt, daß allerdings die Frage der Vermögensabgabe bei der letzten Verlesung der deutschen Finanzminister in Berlin erörtert worden ist. Auch über die Höhe und den etwaigen Zeitpunkt der Erhebung der Abgabe wurde gesprochen. Die Unterhaltungen darüber waren jedoch durchaus unverbindlich, irgend ein Beschluß ist nicht gefaßt worden. Die näheren Angaben sollen laut Dr. Kutz den Tatsachen nicht entsprechen.

Einer unserer Mitarbeiter kann aus eigener Quelle hinzufügen, daß die Steuerzahler doch gut tun werden, sich langsam an den Gedanken der Vermögensabgabe zu gewöhnen. Sie können — auch gegen den Willen der sächsischen Regierung, die ja bekanntlich auch lebhaft gegen die Reichsteuer von 1917 opponiert hat — schon damals vergeblich! Daß ihre Wünsche auf erfolgreichen Widerstand jetzt viel geringer sind, ist klar!

Das Kapitel Landtagskosten

Am Dienstag im Finanzausschuß A der Zweiten Kammer fand zu ausgedehnten Debatten. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierbei die Geschäftsführung des Präsidiums, die in letzter Zeit besonders gegen die linke Seite der Zweiten Kammer recht auffällig zutage trat, einer scharfen Kritik unterzogen. Die Nationalliberalen waren dabei vorerst ganz verbüßigt, so daß ihnen der tonierbare Vorsitzende des Finanzausschusses wieder auf die Beine helfen mußte. Selbstverständlich konnte dann nach ihrer Meinung der national-liberale Präsident kein Wässerchen trüben. Wohl aus Verlegenheit, die Geschäftsanteile könne eine Präsidialkritik hervorrufen wurde Dr. Vogel selbst zitiert, um dann persönlich zu hören, was sehr deutlich von sozialdemokratischer und sozialradikaler Seite gegen ihn eingewandt wurde. Er war natürlich eifrig bemüht, keine Geschäftsführung als vollkommen gerecht und unparteiisch hinzustellen. Im Falle der Verlesung wurde von Oskar Günther Stille zitiert, der der Meinung war, daß der Herr Präsident vollkommen einwandfrei zur Verfügung dieses fortwährenden Sturmes im Glatte Wasser beigetragen habe.

Ein nationalliberaler Antrag.

Der Abgeordnete Pettner hat im Verein mit den übrigen Nationalliberalen in der Zweiten Kammer des Landtages folgenden Antrag eingebracht:

Die Kammer wolle beschließen:
1. Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, den gesamten Strafverfolgung dem Justizministerium zu unterstellen und demgemäß die sämtlichen Staatsanwälte (mit Ausnahme der Polizeigewalt) aus-

dem Hausplan des Ministeriums des Innern in den des Justizministeriums zu übernehmen;
2. die Erste Kammer zum Beitritte zu diesem Beschlusse einzuladen.

Verbotene Versammlung.

Der Vorstand des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins für den 13. Reichstagswahlkreis hatte eine Mitglieder-Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Die Leipziger Volkszeitung und das Generalkommando. Diese Versammlung ist vom Generalkommando verboten worden.

Leipzig. Da das für die Beschaffung von Lebensmitteln früher bewilligte Betriebskapital von sechs Millionen Mark nicht für die gegenwärtigen Bedürfnisse der Lebensmittelversorgung der Stadt Leipzig ausreicht, hat der Rat beschlossen, das Betriebskapital von 6 Millionen Mark auf 14 Millionen Mark zu erhöhen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Um einen gemeinsamen Hausanfall in einer Wohnung der Schillerstraße in Chemnitz auszuführen, hatten sich ein 19 Jahre alter Schneidergehilfe aus Zaucha, ein 19 Jahre alter hiesiger Förster und ein 18jähriger Danndarbeiter aus Neustadt bei Chemnitz miteinander verabredet. Während die beiden letzteren Schmeiere standen, betrat der Schneider unter einem Vorwand die Wohnung, in der er bis vor kurzem als Untermieter gewohnt hatte und die Verhältnisse genau kannte, in der sich die Inhaberin allein befand. Der letzte Einbruch begann sofort die Frau zu würgen und sie mit einem Messer zu bedrohen. Die Frau setzte sich kräftig zur Wehr und es gelang ihr, jedoch nicht ohne eine Verletzung am Hals davonzutrennen, dem Furchen das Messer zu entreißen. Auf die Hilferufe der Frau erschrien alle drei Entschlossenen die Flucht, konnten aber bald darauf festgenommen werden. — Vom Tage tödlich überfahren wurde in der Nacht zum Dienstag auf dem Bahnhof Ritzschuranne ein junger, etwa 17 bis 18 Jahre alter Mann, anscheinend dem Arbeiterstande angehörig. — Verunglückt ist in einem Zwickauer Steinofenwerks der Grubensteiger Artur Fißich dadurch, daß er bei der Ausfahrt zwischen Fördergeßel und Maschin geriet. Er erlitt schwere Verletzungen, denen er inzwischen erlegen ist.

Stadt-Chronik.

Zur Streifsbewegung in Dresden.

Wenn die Streifsbewegung in Dresden keinen größeren Umfang angenommen hat, so hat dies nicht darin seinen Grund, daß etwa hier die Unzufriedenheit und der Groll in der Arbeiterschaft geringer sind als anderswo. Ganz abgesehen von den Ernährungschwierigkeiten hat gerade in Dresden die „Vaterlandspartei“ mit ihrem kriegerischen Treiben dafür gesorgt, daß der größte Unwille in den weitesten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen wurde. Kein Flugblatt, und wenn es noch so scharf geschrieben wäre, könnte die Empörung höher treiben als Reden, wie man sie in der letzten Zeit in den Kreisen der Vierteltreuer freigeht ließ. Dingus kommt die Haltung der Regierung gegenüber dem Verlangen des sächsischen Volkes nach einem geraden Wahlrecht.

Soweit aber Arbeitserleichterungen stattfinden, kann man nur, ganz gleichgültig, wie man zu einer solchen Aktion im gegenwärtigen Augenblick steht, im Interesse der Arbeiter selbst bedauern, wie plan- und ziellos hier mit dem Gedanken der Massenolidarität gespielt wurde. Alle Aktionen, auch wenn sie von selbst aus den Massen herauskommen, bedürfen einer einheitlichen und gewissenhaften Leitung, sollen sie zu einem geordneten und eindrucksvollen Abschluß gebracht werden. Zu einer solchen Leitung haben sich die „Unabhängigen“ gänzlich unfähig erwiesen.

Die Sozialdemokratische Partei in Dresden sowohl als auch die Gewerkschaften hatten die Bewegung nicht hervorgerufen, sie tragen also auch keine Verantwortung für den Gang der Dinge. Dort, wo ihre Instanzen von den Arbeitern um Rat angegangen wurden, haben sie diesen bereitwillig erteilt. In allen Fällen wurde hierbei brodatet, daß die Streikenden ohne jede zielbewusste Führung waren. Meist waren sie in dem Augenblick, wo sie die Arbeit niedergelegt hatten, ihrem Schicksal überlassen. Raslos gingen sie von einer Stelle zur anderen, fragend, was geschehen solle. Wiederholt drückten sie hierbei ihre Verwunderung aus, daß die Partei überhaupt nicht von ihrem Wunsch, gemeinschaftlich mit Vertretern der Unabhängigen die Leitung zu übernehmen, in Kenntnis gesetzt worden war. In einem Falle, wo Vertreter der Streikenden durchsahen, daß ein Parteigenosse zu einer Deputation ins Ministerium mitbestimmt wurde, ließ man diesem nicht einmal eine kurze Frist, um sich vorher mit der im selben Lokal tagenden Parteileitung ins Einvernehmen zu legen. Bismeyer hatte die Deputation solche Eile, zum Minister zu gelangen, daß unter Bewußt, als er sich nach ihr umab, niemand mehr vorband und unter dem Eindruck stand, daß man ihn absichtlich „geschmittet“ hatte.

Der Landesvorstand verfügte sich trotz alledem zur Regierung, um zu veranlassen, daß die Militärbehörden von erbitternden Maßnahmen gegen die Streikenden Abstand nehmen sollten, und gegenüber der Regierung die Forderungen des Parteiausdrusses zu vertreten.

Der ganze Verlauf der Bewegung dürfte in erster Linie die beteiligten Arbeiter stark enttäuscht haben. In Massenfundgebungen gebören eben auch die erforderlichen organisatorischen Fähigkeiten der Führer. Mit großen Worten allein ist hier nichts getan. Der engbegrenzte Rahmen, in dem sich die Bewegung vollzog, zeigt aber auch, daß die große Masse der Dresdner Arbeiter kein Vertrauen zu den unabhängigen Führern besitzt. Wo blieben denn die lautesten Krüfer nach der direkten Aktion? Ein Vermitteln von irgendeiner Seite kann in diesem Fall nicht vorgeschlagen werden. Die Dresdner Arbeiter sind gewohnt, bei ihren Aktionen gemeinschaftlich mit den erwählten Vertrauenspersonen ihrer Partei und der Gewerkschaften zu handeln. Nur dadurch wird die Geldlosigkeit und der eindrucksvolle Abschluß einer Aktion verbürgt. Ein gefährlicher Trugschlus wäre es deshalb auch, wenn etwa die „Vaterlandsparteier“ glauben sollten, daß der geringfügigkeit und Herabwürdigung der letzten Streifsbewegung in Dresden für ihre Bestrebungen Material schlagen zu dürfen.

Die Leipziger Volkszeitung und ihr bliesiger Abener, die Dresdner Volkszeitung, wissen auch aus Anlaß der vorwärtigen Streifsbewegung nichts Besseres zu tun, als eben so lange wie gebräuchlich und unwarre Artikel gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen die Dresdner Volkszeitung zu richten. Wir denken hier daran, uns auf die Leipziger Broschürelein einzulassen, denn unsere Aufgabe ist der Kampf für Rechte und Freiheit und nicht die Selbstgefälligkeit der Arbeiter untereinander.

Wenn das Birmer Blättchen seinen Lesern vorzutun den Versuch, daß die Dresdner Volkszeitung schuld an der geringen Ausbeutung der Streifsbewegung trage, so will es offenbar mit dieser sehr faulen Ausrede nur verdecken, daß die „Unabhängigen“ es waren, die durch ihre Ziellosigkeit und Unfähigkeit auch bei dieser Gelegenheit von vornherein alles in ein schlechtes Fahrwasser gelenkt und verdoiben haben. Wenn man der Dresdner Volkszeitung ein andägen will, so dürfen sich selbst die fanatischsten Anhänger der „Unabhängigen“ einmal die Frage vorlegen, wie es denn kommt, daß in der unabhängigen und revolutionären Dohourg Leipzig von der Streifsbewegung so gut wie gar nichts zu bemerken war?

Die Kartoffelarten C.

Die Landeskartoffelarten A und B oder deren Wochenverforgung erreichen mit dem 14. April das Ende der vorgeesehenen Verpflegungsperiode. Von diesem Zeitpunkte an tritt die Kartoffelart C in Kraft und dauert deren Wülfigkeit bis zur neuen Ernte. Das Kartoffelerntergebnis gestaltet sich jedenfalls, daß auch die Karte C von einem großen Teile der Bevölkerung zum Futterverzug benutzt werden kann. Die Felder im Stadtbereich Dresden haben eine Kartoffelernte für den Bedarf mit 400 Zentnern ergeben. Als Durchschnittsertrag sind 300 Zentner pro Hektar angenommen worden. Dieses günstige Ergebnis läßt die sicheren Erwartungen offen, daß auch anderwärts das Erntergebnis die Schätzungen übersteigen wird. Hieraus ist zu schließen, daß mehr Kartoffeln in sächsischen Kreisen vorhanden sein müssen, als man schätzungsweise erwartete. Deshalb ergibt sich die Möglichkeit für die Großstadtbevölkerung, ihren C-Kartenbedarf wiederum direkt vom Lande zentnerweise einzubuchen.

Um die Frühjahrskartoffelverforgung nun rechtzeitig in die Wege zu leiten, ist gestaltet, die C-Karten bereits vom 20. Februar bis 10. März im engeren Kommunalbezirk anzuwenden bzw. beliefern zu lassen. Das heißt, jeder kann sich einen Landwirt als Lieferanten suchen. Für Dresden dürfte dies mehr theoretischen Charakter haben, weil bei den Dresdner Landwirten nicht allzuviel Kartoffeln greifbar sein werden. Nach dem 10. März können im ganzen Königreich Sachsen die C-Karten zur Belieferung durch die Landwirte angenommen werden, man ist also nicht mehr an Bezirke gebunden. Dieser Eindeckungsmodus der Großstädte ist für die Stadtbevölkerung hochwichtig, weil diese Mengen den aus den Provinzen eingeführten Quanten nicht angerechnet werden und somit den Städten die Möglichkeit bieten, ihr zugewiesenes Kartoffelkontingent zu erhöhen.

Hieraus entspringt die Möglichkeit — immer vorausgesetzt, daß die zentnerweisen Zufuhren an die Verbraucher wesentlich sind —, die Kartoffelrationen zeitweise zu erhöhen oder Störungen auszugleichen. Die mit dem 14. April in die neue Kartoffelwochenverforgung Eintretenden werden gleichfalls die Möglichkeit haben, ihren Bedarf von mehreren Wochen auf einmal beziehen zu können.

Erfahrungsgemäß werden im März und April die Kartoffelmieten auf dem Lande geöffnet und ihr Inhalt abgefahren, ebenso das Saatgut verlesen. In dieser Zeit haben die Städte nochmals größere Zufuhren aus den Lieferungsbezirken zu erwarten; diese Mengen sollen möglichst rasch den Haushaltungen für längere Zeiträume zugeführt werden. Da mit den Kartoffeleinlagerungen beim Verbrennen selbst sehr gute Erfahrungen gemacht worden sind, empfiehlt es sich sehr, auch die C-Parte soweit wie irgend möglich direkt durch die Landwirte beliefern zu lassen, um so sehr, als dadurch der Allgemeinheit der Stadtbevölkerung hierdurch ein großer Dienst erwiesen wird, da sich die gesamte Kartoffelmenge um das vom Lande auf diese Weise eingeführte Quantum erhöht. Mit einem Einmietungsauflage beim Landwirt dürfte freilich gerednet werden müssen.

Vom Regierungsfeldzug gegen „Gleichhandelsende“ Städte.

Der angeklagte Staat — die freigesprochene Kriegsküche.

Vor dem Landgericht in Bonn hatte sich der Geschäftsführer der Frankfurter Kriegsküche wegen Höchstpreisüberschreitung zu verantworten. Der Vorgang spielt im Juni 1917, also zu einer Zeit, in der es in Frankfurt a. M. weder Kartoffeln noch Gemüse gab, aber täglich 23 000 Menschen, die in den Kriegsküchen satt werden wollten, 23 000 Eier brauchten täglich zwei Waggons Gemüse; wenn keine Kartoffeln dazu kommen, noch etwas mehr. In der größten Not wandte sich die Kriegsküchenteilung schriftlich und auch persönlich nach Berlin, aber nichts kam von da als leere Versprechungen, von denen kein Galt satt wurde; bis heute ist es dabei geblieben.

In dieser zugespitzten Lage mußte die Küchenleitung herbei schaffen, was eben ertastet werden konnte; sie kaufte aus dem Umland bei Bonn auch Weizen und Spitzkorn. Die Höchstpreise für Frankfurt a. M. betragen damals 45 Pf., die Ware wurde für 37 Pf. angekauft. Nun hatte der zuständige Landrat am Tage vorher einen Höchstpreis von 27 Pf. festgesetzt, so daß der Kauf tatsächlich eine Höchstpreisüberschreitung war. Aber erstens konnte der Schlag des Herrn Landrats noch nicht bekannt sein, zum andern war den Frankfurter Kriegsmitgliedern mit ihm nicht geblieben, die Landwirte gab es eben für diesen Preis nichts her, und das wirksame Mittel, das allein hätte helfen können, die Höchstpreisüberschreitung, wurde ja gegen die Landwirtschaft nicht angewandt.

Dies der Vorgang, der für sich selbst spricht, der recht treffend das Zeitbild von 1917 illustriert: In den Städten große Not, kein Markt Gemüse, keine Kartoffeln, auf dem Lande solcher Gemüsesegen, der aber nur abgegeben wird, wenn die höchsten, nicht die „Höchstpreise“ angelegt werden. Die Frankfurter Küchenverwaltung war gezwungen, den Satz zu bezahlen, der gefordert wurde, auf anderem Wege war kein Gramm zu bekommen.

Statt nun den auf die Anklagebank zu holen, der das Durcheinander verschuldet, holte sich der Bonner Staatsanwalt den Verantwortlichen aus Frankfurt a. M. Rebenbe bemerkt, werden sich in der nächsten Zeit in Bonn auch noch Großhandels- und Stadtgemeinden verantworten müssen, die das gleiche Verbrechen begangen haben.

In der Verhandlung wurde unter Jugeneid festgestellt, daß die Leitung in Frankfurt keinen Schritt unterlassen hatte, um auf geradem Weg zu Lebensmittel zu kommen. Es war ein geradezu taglicher Augenblick im Gerichtssaal, als vorgelesen wurde, mit welchen Schwierigkeiten die Kriegsküchen damals zu arbeiten hatten. In diesem Augenblick hand nicht die Frankfurter Kriegsküche vor den Richtern, sondern die Lebensmittelorganisations in Berlin.

Trugheim hielt der Staatsanwalt die Waage aufrecht; er beantragte eine Geldstrafe von 1800 M. eventuell Entlassung auf die Summe, um die der Höchstpreis überschritten worden ist.

Das Gericht fällt einen Freispruch. — In der Urteilsbegründung kam allerdings nicht zum Ausdruck, warum die Richter

Seite 4
40
35
1.75
3.50
4.50
1.95
2.25
14.50
9.50
7.50
ten
far
heit
IS 178
Büchlein
Das Jahr 1918
Lexiko

Im Sonn eine Bestrafung abstrafen, die Kammeren sich an eine kleine Formaleit: Das der Angeklagte nicht hätte wissen können, ob der Landrat...

Die Richter konnten doch nicht gut sagen: Die Verhandlung hat ergeben, daß der Angeklagte gar nicht anders handeln konnte, als in Zeiten der größten Not...

Neuregelung der Gemüßversorgung.

Wie die ständige Volkszeitung aus zuverlässiger Quelle hört, steht für das neue Wirtschaftsjahr eine veränderte Regelung auf dem Gemüßmarkt bevor.

Eine Krise des Wildmanuels in diesem Winter bilden außer Hunger und die Wildkrankheiten, wie in einem Vortrag über die Wildmanuel...

Ausstellung "Die Kriegsbeschädigten-Fürsorge". In wenigen Tagen schließt die Ausstellung im Neuen Ausstellungsgelände...

Verkau von Schnellzügen an Sonn- und Festtagen. Die Schnellzüge ab Dresden Hbf. früh 1.10, in Wörzig 3.07, in Breslau Hbf. 5.38...

Kurzliche Untersuchung von Schulkindern. Zur genaueren Ermittlung des Gesundheitszustandes der Schulkindern macht sich eine besondere Untersuchung...

Zur Frage des Fortbildungsschulunterrichts für die weibliche Jugend. Der Dresdner Hoch- und Fortbildungsbereich hat in einer Eingabe an den Rat die Notwendigkeit...

Städtischer Wärendverkauf. Außer roten und gelben Eweilwänden muß auch eine Mischung beider Sorten abgegeben werden.

Gastwirtschaft. Sonnabend den 9. Februar, abends 8 Uhr, findet im Restaurant Goldammer, Köhlerstraße, eine Frauenversammlung statt...

Kommunale Nachrichten. Der diesjährige Sammelmarkt wird Dienstag den 5. März in der städtischen Kaufhalle abgehalten.

Aus der Umgegend.

Andere. Zuerstbezugsausweise für Volkswirtschaftler, Arbeiter und Arbeiterinnen sind eingegangen und können im Rat, Zimmer 11, abgeholt werden.

Wochen II der Kaffeefestkarten sind bis Freitag den 8. Februar mittags bei den Kleinhandlern zur Bestellung anzukommen.

Verkauf-Neuer. Morgen Freitag Griech- und Graupenverkauf auf Abschnitt I.

Pfählen. Auf den angemeldeten Abschnitt K der Nährmittelfarte wird am 8. Februar geliefert: 500 Gramm Griech auf A (weiß), 375 Gramm Griech auf B (schwarz)...

Leisen. Bei der hiesigen Sparkasse gelangten im Januar 1918 167 432 M. zur Einzahlung, dagegen aber nur 42 420 M. Einlagen zur Abhebung.

Malsberg. Holzverkauf. Die Ausgabe des besten Holzes - gefügt und in Metern - findet Sonnabend den 9. Februar, nachmittags von 1 bis 4 Uhr...

Verkauf. Freitag den 8. Februar, abends 8 Uhr, findet im Wärendhof, Vereinszimmer, öffentliche Aussprache über die wirtschaftlichen Verhältnisse in der hiesigen Gemeinde statt.

Ottendorf-Korteborf. Vierstammstelle. Die Führerhalter werden hiermit benachrichtigt, die vier Stämme an die im Geschäft des Anstalt eingerichtete Vierstammstelle abzugeben.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Schwere Jungen.

Im Sinne der Justiz sind der 32jährige Schlosser Hans Ludwig Strupp und der 22jährige Mechaniker Hermann Gabriel von hier, sowie der 22jährige Wilhelm Mühlis in Berlin...

Alle Verhältnisse sind nach Art der Klingeländer ausgeführt, d. h. die Dache überzogen sich durch Klänge, ab die Wohnräume angeschlossen waren...

Werkstätten-Einstellungen. In einer graphischen Kunstschule in Strießen arbeiten der Steinbruder Johann David Plag, Maschinenmeister Richard Franz Schmidt, Steinbruder Karl Hermann Jänne und Kleinmeister Johann Schmidt...

Gewerkschaftsbewegung.

Beiratung im Metallarbeiterverband.

Der erweiterte Beirat des Vorstandes vom Deutschen Metallarbeiterverband trat Ende Januar zu seiner ersten ordentlichen Sitzung zusammen, über die in der neuen Nummer der Metallarbeiterzeitung ausführlich berichtet wird.

Unverkennbar findet in allen Zweigen der deutschen Metallindustrie eine überaus starke kapital- und betriebskonzentration, verbunden mit außerordentlichen Vergrößerungen der alten und dem Entstehen neuer Betriebsanlagen statt...

Zu den neuen Verhältnissen für die Arbeiter und Jugendlichen, ausgehend von den durch Kosten- und Materialmangel verursachten Preissteigerungen, ist es notwendig erklärt und der Versuch des Vorstandes zur Herbeiführung einer Umgestaltung der Verhältnisse...

Die Demobilisation des Heeres ist - soweit dies militärisch möglich - ein Ziel, das die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu verfolgen hat.

Die Demobilisation des Heeres ist - soweit dies militärisch möglich - ein Ziel, das die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu verfolgen hat.

Die Demobilisation des Heeres ist - soweit dies militärisch möglich - ein Ziel, das die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu verfolgen hat.

Die Demobilisation des Heeres ist - soweit dies militärisch möglich - ein Ziel, das die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu verfolgen hat.

Die Demobilisation des Heeres ist - soweit dies militärisch möglich - ein Ziel, das die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu verfolgen hat.

Die Demobilisation des Heeres ist - soweit dies militärisch möglich - ein Ziel, das die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu verfolgen hat.

Die Demobilisation des Heeres ist - soweit dies militärisch möglich - ein Ziel, das die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu verfolgen hat.

Die Demobilisation des Heeres ist - soweit dies militärisch möglich - ein Ziel, das die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu verfolgen hat.

Die Demobilisation des Heeres ist - soweit dies militärisch möglich - ein Ziel, das die Arbeiterbewegung mit aller Kraft zu verfolgen hat.

